

Michael Schlecht

17. August 2009

*Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE, Kandidat für die Bundestagswahl in Baden-Württemberg und Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzpolitik des Parteivorstandes*

## **Einkommensteuerkonzept DIE LINKE**

### **Bis 6000 Euro entlasten, darüber belasten**

Die Steuerpolitik ist – wie nicht anders zu erwarten – wieder zu einem wichtigen Thema im Wahlkampf geworden. Union und FDP versprechen den Bürgerinnen und Bürgern Steuersenkungen, die zu sinkenden Steuereinnahmen des Staates führen.

In einer vorsichtigen Schätzung muss man davon ausgehen, dass das Konzept der Union zehn bis 20 Milliarden Euro kostet. Die FDP geht selbst davon aus, dass ihr Steuerkonzept zu Steuerausfällen von 32 Milliarden Euro führt. Nach Untersuchungen des Gewerkschaftsinstituts IMK werden die Ausfälle jedoch bei mindestens 60 Milliarden Euro liegen! Die CDU versieht das Versprechen der Steuersenkungen mit dem Zusatz, dass sie erst umgesetzt werden wenn es wirtschaftlich besser geht. Die CSU will auf Teufel kommt raus spätestens zum 1. Januar 2011 starten.

Damit wollen Union und FDP die Ausplünderung des Staates fortsetzen. In einer Situation, in der bis 2013 ohnehin schon ein Haushaltsdefizit von 300 bis 400 Milliarden Euro zu befürchten ist, ist das Versprechen von Steuergeschenken abenteuerlich. Der Druck zu Leistungsbeschneidungen, zu einem Sozialabbau in bislang noch nicht gekannter Dimension, würde nur noch weiter gesteigert. Union und FDP bekräftigen in ihren Parteiprogrammen und vielen Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker das Ziel der Haushaltskonsolidierung. So die verharmlosende Formulierung für Sozialabbau.

Dabei wollen Union und besonders die FDP vor allem Reiche weiter massiv entlasten. Die nahezu 400 Milliarden Euro, die Reichen und Vermögenden in den letzten zehn Jahren an Steuergeschenken gebracht wurde, reichen ihnen nicht. Dabei hat alleine die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent, der 1998 noch galt, auf die heutigen 42 Prozent dazu geführt, dass Einkommensmillionäre Jahr für Jahr 100.000 Euro weniger Steuern bezahlen. Dem Staat gehen allein dadurch über zehn Milliarden Euro jedes Jahr verloren.

Kanzerlin Merkel findet Steuersenkungen gut, da „die Menschen sich selbst überlegen können, wie sie ihr Geld ausgeben wollen.“ Wenn jedoch die alleinerziehende Verkäuferin einen Krippenplatz für ihr Kind benötigt helfen ihr nicht zehn oder 20 Euro mehr Netto im Monat, sondern nur ausreichende und gut ausgestattete öffentliche Kitas. Und der Pendler freut sich zwar über ein leicht verbessertes Netto. Dies wird ihm jedoch vergällt, wenn er jeden Tag im Stau steht statt komfortabel und schnell mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen.

Die FDP verteidigt ihre gigantischen Steuergeschenke damit, dass so die Wirtschaft angekurbelt würde. So hat unter anderem Kanzler Schröder auch immer argumentiert, wenn er Reichen und Vermögenden das Geld in den Rachen geworfen hat.

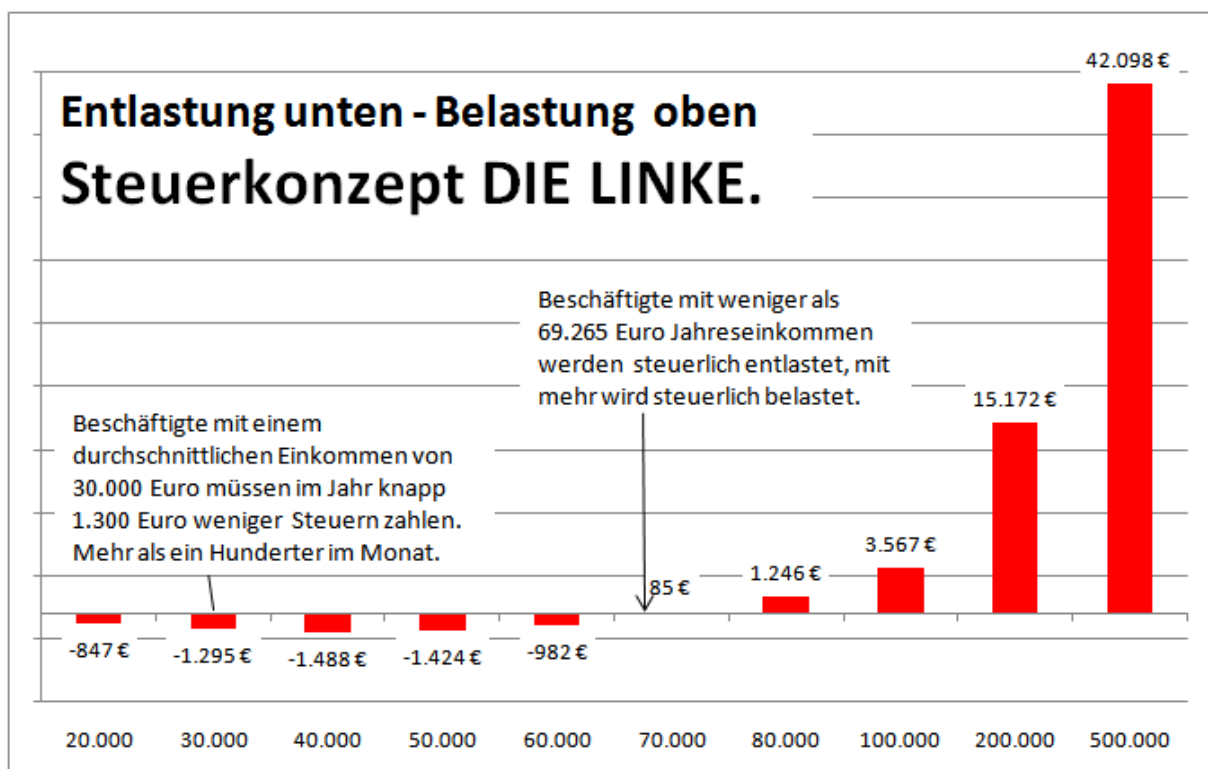
Zum Beispiel sollte die Senkung der Steuern für Aktiengesellschaft und GmbHs 2001 zu einem Investitions- und Beschäftigungsboom führen. Das Resultat: 2002 wurden überhaupt keine Körperschaftsteuern mehr eingenommen, vielmehr wurden Rückerstattungen notwendig. Die Profite der Unternehmen explodierten und die Investitionen und die Arbeitsplätze waren rückläufig. Im Übrigen hat jüngst die Universität Leipzig in einer Untersuchung nachgewiesen, dass Steuersenkungen für das Wirtschaftswachstum kaum etwas bringen. Viel besser sind staatliche Ausgabenprogramme in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur. Wie DIE LINKE es fordert.

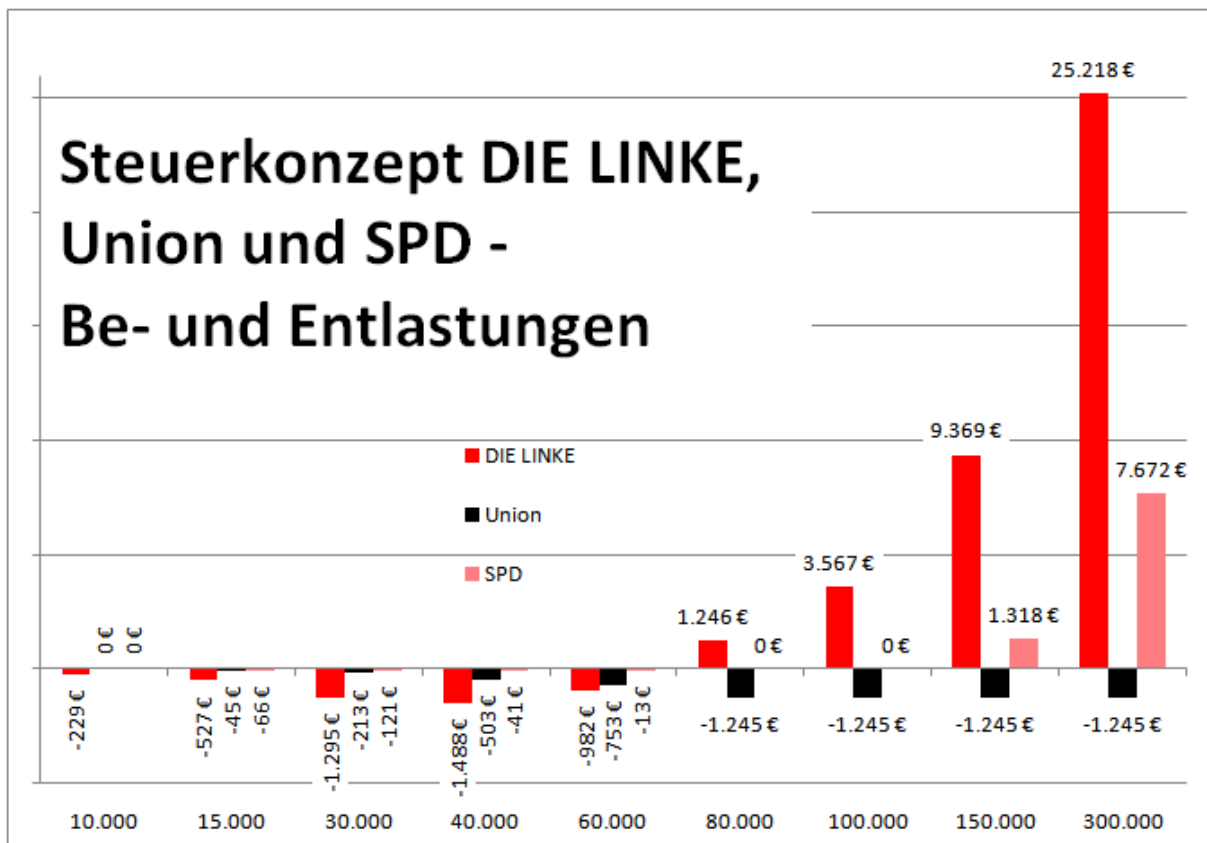
### Auswirkungen der Steuerkonzepte – DIE LINKE, Union und SPD

DIE LINKE will einen Steuertarif, der Beschäftigte entlastet, die weniger als 70.000 Euro im Jahr versteuern. Oberhalb von 70.000 Euro sollen wieder mehr Steuern gezahlt werden müssen. Vereinfacht kann man sagen: **Wer weniger als 6000 Euro im Monat verdient wird entlastet, wer mehr hat wird belastet.**

Beim Tarif der Linken werden Beschäftigte, die das Durchschnittseinkommen mit 30.000 Euro haben, um mehr als 100 Euro im Monat entlastet. Die Union will knapp 20 Euro und die SPD zehn Euro monatliche Steuererleichterung.

Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 300.000 Euro will DIE LINKE, dass etwas mehr als 2000 Euro im Monat mehr Steuern gezahlt werden; in etwa wieder soviel, wie zu Helmut Kohl's Zeiten. Die SPD will für Menschen in dieser Einkommenskategorie mit der „Reichensteuer“ immerhin noch eine Mehrbelastung von gut 600 Euro im Monat. Die Union hingegen will jeden Monat 100 Euro verschenken. Was das für einen Sinn machen soll, ist unerfindlich. So sieht die „Entlastung des Mittelstandes“, so sieht die Steuergerechtigkeit der Union aus. Richtig konsequent ist die





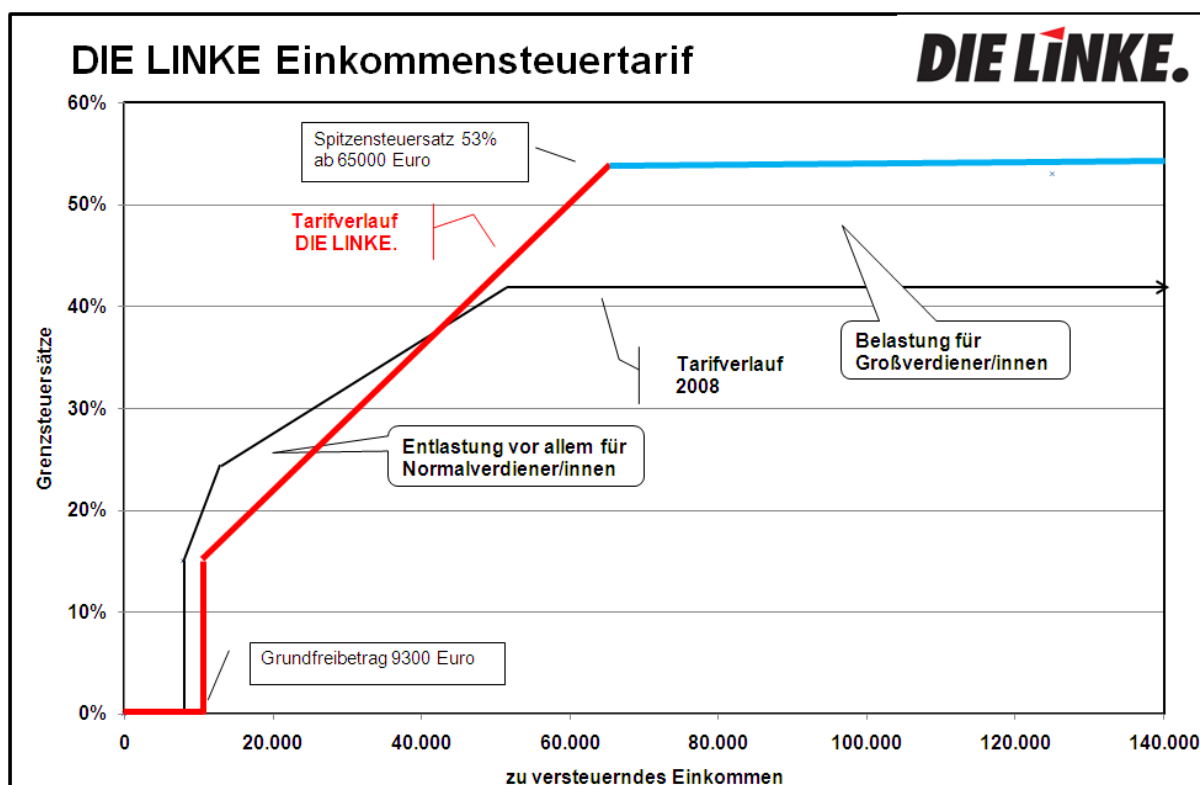
Partei der Besserverdienenden, die FDP. Sie will denjenigen, die 300.000 Euro im Jahr zu versteuern haben einen Nachlass von knapp 25.000 Euro geben. Ein Steuergeschenk von mehr als 2000 Euro im Monat! Da ist klar, weshalb die FDP mit Parteispenden so reichlich gesegnet ist.

Für DIE LINKE ist entscheidend, dass Ent- und Belastungen in ihrem Konzept sich die Waage halten, damit den öffentlichen Kassen durch die Reform der Einkommensteuer kein Geld verloren geht. Schlupflöcher im Einkommensteuerrecht sollen geschlossen werden. Vor allem soll durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Gestalt der Millionärsteuer und weiteren steuerliche Belastungen von Reichen und Vermögenden mindestens 160 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. DIE LINKE will die Staatsfinanzen nachhaltig stärken, damit u.a. ein Zukunftsprogramm finanzierbar ist, das zwei Millionen Arbeitsplätze schafft.

### Das Geheimnis der Grenzsteuersätze

Bislang ging es um die faktischen Auswirkungen der Konzepte für die Einkommensteuer. In der Öffentlichkeit wird viel über Eingangsteuersätze, Grundfreibeträge und Spitzensteuersätze geredet. Damit wird jedoch nicht die tatsächliche Wirkung für die jeweiligen Steuerzahler bzw. Steuerzahlerinnen beschrieben, sondern nur mathematische Eckpunkt, für die Berechnung der Steuerschuld. Ein Anlass für vielerlei Missverständnisse.

Der Grundfreibetrag beschreibt den Teil des zu versteuernden Einkommens, für den überhaupt keine Steuern gezahlt werden müssen. Er liegt heute bei 7834 Euro. Im Konzept der Linken soll der Grundfreibetrag auf 9300 Euro steigen. Damit bleiben

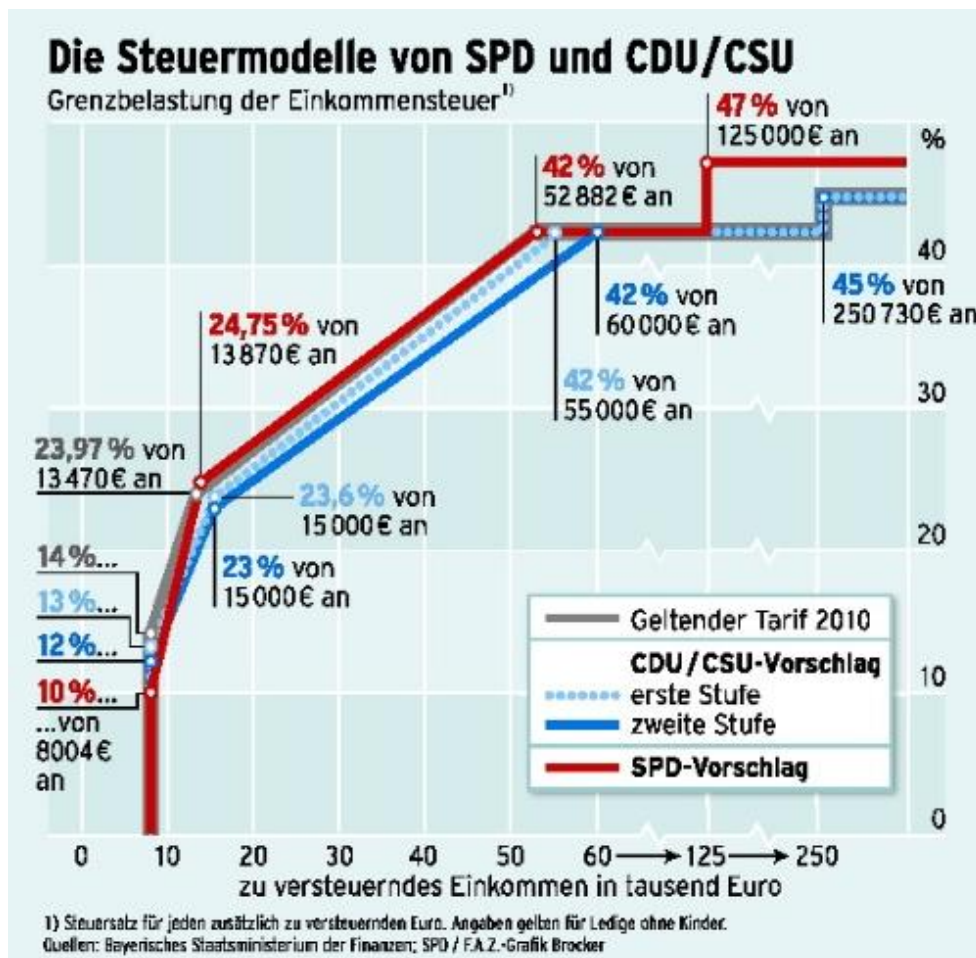


mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei, da die Pauschbeträge für die Beschäftigten hinzugerechnet werden müssen. SPD, Union und FDP wollen den Grundfreibetrag auf 8004 Euro anheben.

Für den ersten Euro oberhalb des Grundfreibetrages wird der *Eingangssteuersatz* bezahlt. Er beträgt heute 14 Prozent; für den ersten zu versteuernden Euro werden also 14 Cent Steuern fällig. DIE LINKE will an diesem Steuersatz festhalten. Die SPD will ihn auf zehn Prozent, die Union auf 12 Prozent absenken. Damit machen sie Wahlkampf. „Seht her, wir tun etwas für die Geringverdiener.“ So oder ähnlich lauten die Parolen. Glatte Volksverdummung. Denn der Eingangssteuersatz allein sagt nichts aus.

Es kommt darauf an, wie hoch der Grundfreibetrag ist. Während Union und SPD bereits den 8005ten Euro besteuern, geht es bei der Linken erst bei dem 9301ten Euro los. Und es kommt darauf an, mit welchen Prozentsätzen die weiteren Euros besteuert werden. Denn – das wissen die meisten nicht –, jeder Euro bis zum Spitzensteuersatz hat einen eigenen Steuersatz. Bei der Linken steigen diese langsam und gleichmäßig an bis zum Spitzensteuersatz. Für den 9302ten Euro wird ein eigener Steuersatz angewandt; 14,001 Prozent. Für den 9303ten Euro ist der Steuersatz dann wieder ein ganz klein bisschen höher. Und so weiter.

Beim heutigen Tarifverlauf – und daran wollen Union und SPD im Prinzip nichts ändern – steigen die Steuersätze vom Eingangssteuersatz bis zum 13.140ten Euro rasant an. Er wird bereits mit knapp 24 Prozent besteuert. Danach geht es bis zum Spitzensteuersatz mit gemächlichen Steigerungen von Euro zu Euro weiter. Die SPD will den 13.870sten Euro bereits mit 24,75 Prozent, die Union den 15.000sten mit 23



Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* hat in ihrer Ausgabe vom 5. Juli 2009 ausführlich über die Steuerkonzepte von Union und SPD berichtet. Daher stammt auch nebenstehende Grafik.

Prozent besteuern. Zum Vergleich: Beim Tarif der Linken, der diesen schnellen Anstieg zu Beginn vermeidet, wird der 14.000ste Euro mit 17,3 Prozent besteuert.

Diese Begradigung des Tarifverlaufes wird als „Beseitigung des Mittelstandsbauches“ oder „Beseitigung des Knicks“ umschrieben. Die CDU/CSU verkündet ihrem Wahlprogramm großmäulig: „Durch eine Korrektur des Tarifverlaufes (Abbau des „Mittelstandsbauches“) sorgen wir dafür, dass Lohnerhöhungen auch wirklich bei denjenigen ankommen, die sie erarbeitet haben.“ Das ist schönste Programmlyrik, die nur in minimalster Weise umgesetzt wird. Nur DIE LINKE beseitigt den Mittelstandsbauch!

Entscheidend ist: Die deutliche steuerliche Entlastung der geringen und mittleren Einkommen bei der Linken ist vor allem Folge des gleichmäßigen, „linearen“ Tarifverlaufes und der deutlichen Anhebung des Grundfreibetrages.

Der Spitzensteuersatz beträgt heute 42 Prozent. Er wird beim 52.552ten Euro erreicht. Alle Euro, die darüber liegen werden ebenfalls nur mit 42 Prozent versteuert. DIE LINKE will den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben – wie zuletzt in der Amtszeit von Kohl. Ab dem 65.000sten Euro sollen 53 Prozent fällig werden, also 53 Cent. Für alle Euros, die darüber hinaus zu versteuern sind bleibt es bei den 53 Prozent; dem Spitzensteuersatz.

Die SPD will an dem bisherigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent im Grundsatz festhalten. Ab dem 125.000sten Euro soll dann 47 Prozent bezahlt werden, die sogenannte Reichensteuer. Die Union will, dass der Spitzensteuersatz von 42 Prozent erst ab für den 60.000sten Euro gezahlt werden muss. Die FDP wandelt auf den Spuren von Professor Kirchoff. Sie will eine Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 35 Prozent. Deshalb würden vor allem Besserverdienende, Reiche von der Umsetzung des FDP-Konzeptes profitieren.

### **Durchschnittssteuersätze**

Die gesamten zu zahlenden Steuern ergeben sich aus der Aufsummierung der vielen Cent-Beträge für die jeweils zu versteuernden Euros. Bezieht man die insgesamt zu zahlenden Steuern auf das gesamte zu versteuernde Einkommen, dann ergibt sich der Durchschnittssteuersatz. Und dies ist dann in der Wirkung für den Einzelnen die entscheidende Zahl.

Klar ist dann: Jemand der 65.000 Euro versteuert zahlt nur für einen einzigen Euro die 53 Prozent Spitzensteuersatz. Der Durchschnittssteuersatz bei einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro liegt deutlich darunter: 29 Prozent. Das heißt knapp 19.000 Euro Steuern werden fällig. Es verbleiben „netto“ mehr als 46.000 Euro, also fast 4000 Euro im Monat.

Die Kanzlerin sagt: „Viele Facharbeiter, die gut 50.000 Euro verdienen, zahlen schon den Spitzensteuersatz.“ Entweder kennt sie nicht den Unterschied von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen, oder sie versucht bewußt einen falschen Eindruck zu erwecken. Denn der Facharbeiter, der 52.553 Euro im Jahr zu versteuern hat, zahlt für einen einzigen Euro heute 42 Prozent Steuern. Für den letzten. Der Durchschnittssteuersatz liegt bei rund 23 Prozent! Also nur der Hälfte gegenüber dem Eindruck, den Merkel versucht zu erwecken.

Eine Denksportaufgabe zum Schluss: Kann der Durchschnittssteuersatz jemals so hoch werden wie der Spitzensteuersatz? Selbst bei 100 Millionen zu versteuerndem Einkommen? Man muss dabei immer bedenken, dass auch Millionäre ein bisschen vom Grundfreibetrag und den niedrigen Steuersätzen unterhalb des Spitzensteuersatz profitieren. Auch Ackermann zahlt heute für die ersten 7834 Euro seiner Millionengage keine Steuern. Legal. Deshalb: Niemand, auch nicht der Multimilliardär muss 53 Prozent seines Gesamteinkommens an Steuern bezahlen. Ab einem zu versteuernden Einkommen von 500.000 Euro im Jahr muss im Konzept der Linken die Hälfte, also 50 Prozent an Steuern gezahlt werden.